

Bezugspreis:

Einzelheft 7,50 Pf., monatlich 2,50 Pf., freies Haus...
Wochensatz 2,50 Pf., 12 Hefte 30 Pf., 3 Monate 7,50 Pf., 6 Monate 14,00 Pf., 1 Jahr 27,00 Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die abgehaltene Sonderbeilage kostet 1,20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt 60 Pf. (zählend 2 fertige Blätter), jedes weitere Blatt 25 Pf. Stellengedichte und Stellenanzeigen das erste Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Leasinganzeigen 60%, Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Berichte - Anzeigen 1,20 Pf. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schließt von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 8. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Nach der Katastrophe.

Die Schäden der wilden Streiks. — Wiederaufnahme der Arbeit.

Was war es?

Wie aus einem säueren Traum beginnt Berlin wieder zu erwachen. Furchtbares haben wir erlebt. Die Verlustliste des neuesten Bürgerkriegs zählt über tausend Tote und Verwundete. Objekte von vorläufig unanschätzbarem Wert sind vernichtet, für ihre Wiederherstellung wird die Allgemeinheit durch Steuern aufzukommen haben. Die Produktion wurde unterbunden und dadurch die Aussicht, durch Arbeit den Hunger zu befriedigen, wieder um einige Grade verschlechtert. Zahllose Arbeiter und Arbeiterinnen kehren am Wochenende ohne Lohn nach Hause zurück.

Dies Ganze aber war nichts anderes als ein wohlüberdachter Plan, die demokratische Ordnung der Deutschen Republik gewaltsam umzuwälzen. Zur Verwirklichung dieser verbrecherischen Absicht glaubte man sich der edelsten Instinkte des Proletariats bedienen zu können. Man glaubte, ein Komplott gegen die Arbeiterklasse ausführen zu können durch den Appell an die Solidarität der Arbeiterklasse.

Der politische Massenstreik, der vom Spartakusbund am Montagfrüh proklamiert und vom Groß-Berliner Arbeiterrat am Montagmittag gehoriam beschlossen wurde, sollte nur den strategischen Aufmarsch der spartakistischen Streikkräfte gegen die Truppen der republikanischen Regierung verschleiern. Spartakus kämpfte übermalm um die politische Macht, er konnte sich dabei der Unabhängigen bedienen, er glaubte tollerweise sich dabei sogar auch der sozialdemokratischen Arbeitermassen bedienen zu können.

Die Rechnung schlug fehl, der Aufstand ist niedergeschlagen, und nun wird natürlich wieder das Geschrei der verfolgten Unschuld beginnen. „Roske-Garden mit Stahlhelm und Handgranaten morden friedliche Streikende. Die sozialdemokratische Regierung ersticht Streiks in Blut. Die Scheidemannner verraten das Proletariat und etablieren die Herrschaft des weißen Terrors, der Gegenrevolution.“ Teufel auch, so sind wir! Die Schurken oder Wahnsinnigen, die das behaupten, werden immer auch ein paar Idioten finden, die ihnen glauben. Aber Eindrud machen wird das auf uns nicht! Und auf die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung, die die Wahrheit kennt und begreift, auch nicht!

Eine tiefe Ernüchterung geht heute durch die arbeitenden Massen Groß-Berlins, sie sehen, an welchen Abgrund sie herangetaumelt sind und wozu man sie mißbrauchen wollte. „Mistrauen“, sagte Bebel, „ist eine demokratische Tugend.“ Nie war dieses Wort besser angebracht als in der gegenwärtigen Zeit, in der ein Teil der Arbeiterklasse leichtgläubig und vertrauensvoll aufgetauchten „Führern“ nachläuft, von deren Verdiensten die Geschichte der Arbeiterbewegung nichts zu melden weiß, deren gegenwärtige Taten aber an Kopf- und Gewissenlosigkeit jedes bisher für möglich gehaltene Maß übersteigen.

Die Drahtzieher glaubten diesmal felsenfest an ihren Erfolg, weil sie, wie schon gesagt, die anständigsten Regungen des Proletariats vor ihren Wagen spannen zu können glaubten. Sie vertrauten auf die nie fehlende Wirkung des Zauberwortes Solidarität. Aus Solidarität sollten die Berliner Arbeiter auf jedes Recht der Selbstbestimmung und Selbstbestimmung verzichten, aus Solidarität sollten sie für politische Ziele kämpfen, die niemals die ihren waren, aus Solidarität sollten sie schließlich dem gemeinen Verbrechertum die schützende Mauer bilden. Das war zuviel und die Kette riß.

Ist das vielleicht Uebertreibung? Man frage die Arbeiter, Mann für Mann, Frau für Frau, ob sie etwa aus eigenem Willen und eigener Ueberzeugung gestreikt haben oder nur in blinder Befolgung eines „von oben her“ ergangenen Befehls. Unter Hunderten ist auch nicht einer, der die von der Vollversammlung nach den Methoden eines artigen Gesellschaftsspiels — alles, was Flügel hat, fliegt! — aufgestellten Streikforderungen auch nur kennt!

Es ist überaus interessant, zu beobachten, wie die Parole der Solidarität im Anfang ihren Zweck vollkommen zu erreichen schien und wie sich ihr allmähliches Verlangen herausstellte in dem Maße, wie ihre mißbräuchliche Anwendung und das wirkliche Ziel der Bewegung, in die man die Arbeiter blind hineinjo gen wollte, zutage trat.

Schon am ersten Tage beginnt die Rebellion in den Betrieben, die auf ihrem Recht des freien Selbstbestimmungsrechts, dem Recht der geheimen Abstimmung bestehen, sie jäwergert sich, wie bekannt wird, in welchem Maße das ganz

gemeine Verbrechertum sich an die Fersen der Bewegung geheftet hat, wie in manchen Stadtvierteln geblühdert wird, wie der Spartakusbund mit der ausgegebenen Parole „Keine Gewaltanwendung!“ umspringt. Sie gewinnt einen explosiven Charakter in dem Augenblick, in dem der ruchlose Anschlag auf die Wasser-, Licht- und Kraftversorgung Berlins bekannt wird.

Wo die Bestialität anfängt, hört die Solidarität auf! Das Unternehmen mißlang und mußte mißlingen, weil es unmöglich ist, die große Masse der politisch gebildeten und rechtschaffenen Berliner Arbeiterschaft für Ziele einzufangen, die sie nicht billigt, und zur Anwendung von Mitteln zu bewegen, die sie verabscheut.

Die gewerkschaftlich gekündete sozialdemokratische Arbeiterschaft ist bis an die Grenze des Möglichen gegangen, um mit ihren mißleiteten Kameraden Fühlung zu halten, die entfesselte Bewegung in geordnete Bahnen zu bringen und sie zu einem gedeihlichen Ende zu führen. Zu diesem Zweck sind ihre Vertreter in die Streikleitung mit eingetreten, die sie nach Fassung des verbrecherischen Beschlusses über die Wasser-, Licht- und Kraftwerke wieder verlassen mußte, zu diesem Zweck haben sie in Weimar verhandelt und aus einer sinnlos gewordenen Bewegung noch wertvolle Zugeständnisse herausgeholt. Diese Zugeständnisse sind freilich nichts, was der Regierung gewaltsam abgeredet wäre, sind nur eine neue Bestätigung dafür, daß die Sozialdemokraten in der Regierung die Interessen des arbeitenden Volkes weiter vertreten, die Ziele des Sozialismus weiter verfolgen wollen. Was der Streik gebracht hat, wäre gekommen auch ohne Streik. Was er aber nicht bringen kann, wird ausbleiben, weil keine Macht der Welt imstande ist, es im Augenblick ganz zu erreichen, weil es auch ein monatelanger allgemeiner Streik in ganz Deutschland nicht erreichen könnte, weil Verhältnisse immer stärker sind als der Wille der Menschen.

Was ist also das Ergebnis? Mit dem Aufwand von tausend Toten und Verwundeten, mit der Zerstörung unermesslicher Werte sind offene Türen eingemant worden. Nachdem wir es den „Feinden“ nicht mehr tun können, haben wir uns selber wieder einmal gegenseitig die Hälse abgeschnitten, und den Aushungerungskrieg, den unsere Gegner gegen uns weiterführen — das Lebensmittelabkommen in Spaa ist gescheitert! — haben wir gegen uns selber geführt, bis zu dem tollhässlichen Plan, uns selber das Wasser abzusperren und uns die Pest an den Hals zu jagen!

Es war ein Traum — wäre es nur einer gewesen! Das arbeitende Volk Berlins erwacht, es beginnt wieder seine Glieder zu regen, der halb erdroffene Wirtschaftskörper beginnt wieder zu atmen — und wir blicken auf ein Meer von Blut und Trümmern. Es bleibt die alte Parole: „Aufräumen und neu aufbauen!“ Die Arbeiter aber müssen aus diesen furchtbaren Erfahrungen lernen, daß sie sich nicht blindlings einer unfähigen, verblendeten Führerschaft anvertrauen dürfen. Während das Institut der Arbeiterräte in der Verfassung verankert, auf wirtschaftlichem Gebiet breit ausgebaut werden soll, hat sein Ansehen einen schweren Stoß erlitten. Täuscht Euch darüber nicht! Vernt!

Die Demokratie, die wirtschaftliche wie die politische, beginnt erst dort, wo man anfängt, sich seine Führer genau anzusehen. Vernt!

Die Reichsregierung zu den Abbruchbedingungen.

Teilweise Zugeständnisse.

Weimar, 8. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Auf die Bedingungen, die die Arbeiterräte der U. S. V. D. für das Abbrechen des Streiks stellen, wird, wie wir hören, die Reichsregierung heute folgendes antworten:

Zu Punkt 1 — keine Maßregelung infolge des Streiks —, läßt die Regierung sagen, daß in ihren Betrieben Maßregelungen nicht vorgeschrieben werden und daß sie sich auch bei den Unternehmern dafür einsetzen wird, daß Maßregelungen unterbleiben.

Zu Punkt 2 — Freilassung aller wegen des Streiks Verhafteten —, steht die Regierung auf dem Standpunkt, daß dies eine Angelegenheit der Gerichte bzw. der preussischen Staatsregierung sei. Die Reichsregierung werde Verfolgungen wegen Streikvergehens von sich aus nicht veranlassen.

Wegen Punkt 3 — sofortige Räumung aller militärisch besetzten Betriebe —, wird die Reichsregierung mit dem Oberbefehlshaber Roske reden.

Zu Punkt 4 — Entfernung der Freiwilligenverbände aus Berlin —, sagt die Regierung, daß sich diese Forderung unmöglich vor Wiederkehr geordneter Verhältnisse erfüllen läßt und

zu Punkt 5 — Aufhebung des Belagerungszustandes und der außerordentlichen Kriegsgerichte —, erklärt die Regierung, daß dies eine Angelegenheit der preussischen Staatsregierung sei, die den Belagerungszustand verhängt hat.

Terror gegen den „Vorwärts“.

Aus den verschiedensten Stadtteilen gehen uns Nachrichten zu, daß der Mob Angriffe auf Zeitungsbekläufer und Zeitungsausbringer unseres Blattes unternommen hat. Es stellt sich heraus, daß genau wie in der Januarwoche, spartakistisch gekleidete Arbeiter die gegenwärtige Bewegung der Berliner Arbeiterschaft durch Gewalttätigkeiten gegen das Organ der sozialdemokratischen Arbeiterschaft vorgehen. Angesichts dieser elenden Hecke gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft Berlins mutet man ihr noch zu, sich mit diesem Gejindel solidarisch zu erklären, sich damit gewissermaßen selbst den Hals abzuschneiden. Die besonnene Arbeiterschaft, insbesondere alle Mitglieder der S. V. D., werden ersehen, daß man sie mit dem Vorgehen eines Streiks für allgemeine Forderungen der Arbeiterburgenzuführen, elend geäußert und belogen hat, und daß man ihren Willen zu gemeinsamen solidarischen Handeln mißbraucht, um sie selbst wehe- und rachslos zu machen. Arbeiter, seid auf der Hut! Macht einen scharfen Strich zwischen Euch und jenen hyperradikalen Deuten, die sich in Euer Vertrauen einschleichen und damit alles aus der Hand zu schlagen versuchen, was für Euch Wert hat!

Unser Parteipublizist Böhm ist von Spartakisten mit Löffel und Messer bedroht worden und mußte nach der Kaserne des 3. Gardebrigaments flüchten.

Keine Fleischlieferung infolge der Unruhen.

Das Nachrichtenamt des Magistrats teilt folgendes mit: Infolge der Unruhen sind die Viehzufuhren teilweise unterbunden worden, so daß die Bevölkerung in dieser Woche nicht restlos mit Fleisch beliefert werden kann. Für die ausgefallene Fleischmenge wird in der nächsten Woche durch Ausgabe von Nährmitteln in gleicher Menge Ersatz gegeben werden.

Die Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs.

Im Laufe des heutigen Tages wird der Straßenbahnverkehr aller Wahrscheinlichkeit nach, wenn auch noch in beschränktem Umfang, wieder aufgenommen werden. Das Personal der Straßenbahn hatte sich bereits morgens auf den Bahnhöfen versammelt und die Wagen fahrbereit gemacht. Die Berliner Elektricitätswerke sind jedoch noch nicht imstande, die nötige elektrische Energie für das Straßenbahnleitungsnetz zu liefern. Infolge des fremden Personals sind die Maschinenanlagen nicht so im Betrieb, daß ein Dauerbetrieb gewährleistet werden könnte. Die Hochbahn, die eine eigene Kraftstation besitzt, hofft im Laufe des heutigen Tages die ganze Strecke bis zum Spittelmarkt in Betrieb nehmen zu können.

Die Telephonsperrung ist aufgehoben.

Die Telephonsperrung ist bereits gestern nachmittags durch eine Verfügung des Reichswehrministers aufgehoben worden. Wenn einzelne Sender noch gestern vormittags behaupteten, der Telephonverkehr sei gesperrt, so beruhte dies auf einem Irrtum, der mittlerweile aufgeklärt worden sein dürfte. Nur das Amt Moritzplatz gekkattet vorläufig nur noch Dienstgespräche, da es nicht über genügend Strom verfügt.

Nachforschungen nach Waffen.

Da der dringende Verdacht besteht, daß aus Berlin und Spandauer Fabriken von spartakistischen Elementen größere Mengen Feuerwaffen entwendet und in besonderen Depots untergebracht worden sind, von wo aus die Verteilung an die Aufständigen erfolgte, so haben die Truppen den Befehl erhalten, in den nächsten Tagen die ganze Stadt auf Waffen zu durchsuchen. Im Westen wurde bereits am gestrigen Abend der Anfang gemacht. Patrouillen hielten auf der Straße Passanten an und untersuchten sie. Da man erfahren hatte, daß von Spandau aus ein Waffen schmuggel verurteilt werden würde, wurden der Kaiserdamm und die Charlottenburger Chaussee durch Seile gesperrt. Sämtliche ankommenden Fußwege wurden sorgfältig auf Waffen durchsucht.

Nun unsere Leser!

Infolge der Unruhen sind am heutigen Morgen verschiedne Transporte unserer Zeitung abgefangen und vernichtet worden. Da diese Unruhe noch fortbesteht, so kann für die regelmäßige Zustellung des Blattes vorläufig noch keine Gewähr übernommen werden. Wir bitten infolgedessen unsere Leser, auf diese Umstände Rücksicht zu nehmen und das eventuelle Ausbleiben des Blattes zu entschuldigen. Die Geschäftsleitung.

Abbruch der Lebensmittelverhandlungen in Spaa.

Abreise der Kommissionen.

Erst jetzt bemerkt man die schweren wirtschaftlichen Gefahren, die seit der völligen Unterdrückung der Presse durch die Streiks, in Spaa für uns entstanden sind. Während man in Berlin dem alle Massen erfüllenden Geschrei und Loben einer hyperradikalen Gruppe zuhörte, spielten sich in Spaa Verhandlungen und Vorgänge ab, die für das ganze deutsche Volk von ernstester Wichtigkeit sind und deren Folgen so schwer sein können, daß all die schönen Zusagen, die die Berliner Arbeiterschaft von der Reichsregierung erhalten hat, die Arbeiterschaft eines Tages nicht mehr interessieren werden, weil sie gegenüber dem Schrei nach Brot schließlich nicht mehr genügend wichtig erscheinen.

In Spaa hat die Entente weiterhin darauf bestanden, die ganze deutsche Handelsflotte ausgeliefert zu erhalten, ohne daß sie sich gleichzeitig zu bindenden Erklärungen über die künftige Lebensmittelversorgung Deutschlands bereit finden wollte. Die deutsche Regierung hat erklären lassen, daß in dieser Lebensmittelfrage für das deutsche Volk eine klare Linie gezogen werden müsse. Die Entente bestand jedoch darauf, erst die Schiffe zu bekommen und dann eventuell nach Gutdünken von Fall zu Fall Lebensmittel unter Bedingungen zu liefern, die von Fall zu Fall geändert werden könnten. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, erschien weiteres Verhandeln zwecklos und die beiderseitigen Kommissionen, die über die Lebensmittel-, Finanz- und Schiffsfrage verhandelten, reisten von Spaa ab.

Die Situation ist außerordentlich ernst, die Lebensmittelfrage für Deutschland hängt in ungewisser Zukunft.

Berlin, 7. März. Die am 6. März zum Abbruch der Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung in Spaa überreichte Note der Deutschen Reichsregierung vertritt folgenden Standpunkt: Trotz der nach dem Waffenstillstandsvertrag vom 11. November 1918 in Aussicht genommenen Lebensmittelversorgung Deutschlands während der Dauer des Waffenstillstandes, einen der wesentlichsten Gründe, die zur Annahme der harten Bedingungen geführt haben, begannen erst bei der Trierer Konferenz am 15. Januar dieses Jahres die Verhandlungen darüber. Die deutsche Regierung verpflichtete sich hier, die deutsche Handelsflotte während des Waffenstillstandes zur Lebensmittelversorgung Deutschlands und der übrigen Staaten zur Verfügung zu stellen. Es ist klar, daß bei einem so ungeheuer bedeutsamen Schritt unter dem Begriff Lebensmittelversorgung nicht die Lieferung einer beliebigen Menge, sondern die Durchführung eines Programms zu verstehen werden muß. In einer Note vom 13. Februar mußte die Forderung der Alliierten, eine Reihe von Schiffen am 12. Februar fahrbereit zu stellen, und die in neutralen Häfen liegende deutsche Tonnage zu übergeben mit der Begründung, daß eine Sicherstellung mit Lebensmitteln noch nicht erreicht sei, abgelehnt werden. Die deutsche Regierung billigt den Standpunkt, daß sie die Flotte zur Verfügung stellen müsse vor Beginn der Einfuhr nach Deutschland, nicht aber bevor eine Bindung der Alliierten dafür vorliegt, daß ausreichende Einfuhren tatsächlich erfolgen werden. Aus den sich an die letzte Verlängerung des Waffenstillstandes anschließenden Verhandlungen darfte Deutschland wissen, daß es bei den jetzt in Spaa führenden Verhandlungen nicht nur um vorläufige Lieferung von Lebensmitteln, sondern um die Aufstellung eines Versorgungsplanes für Deutschland handle.

Ungeachtet der Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages, der die Lebensmittelversorgung Deutschlands während des ansehenswertesten Ende entgegengehenden Waffenstillstandes in Aussicht nahm, hat Deutschland bislang keine Tonne Lebensmittel von den assoziierten Regierungen erhalten und nur ein stärkeres Anzeichen der Hungerkatastrophen durch die Verschärfung der Blockade erdulden müssen, wodurch — von andern abgesehen — nach dem Durchschnitt der letzten Monate täglich etwa 600 Menschen zum Tode geführt werden. Trotz dieser bitteren Erfahrung nimmt Deutschland immer noch an, daß die Alliierten bereit sind, es mit Lebensmitteln über die bisher genannten verhältnismäßig geringen Mengen hinaus zu versorgen. Deutschland kann aber bei dieser Sachlage die Erledigung der Angelegenheit unmöglich ausschließlich dem guten Willen der assoziierten Regierungen überlassen. Es will gern an diesen guten Willen glauben, muß aber hervorheben, daß ihm sehr häufig seitens der assoziierten Regierungen entgegengehalten worden ist, daß noch Krieg sei. Dieses Argument kann Deutschland als nicht aus dem Auge lassen und daher auch die Handelsflotte nicht abgeben, ohne irgendwelche bindende Zusagen, ja ohne irgendwelche subventionierte Erklärungen über das allgemeine Versorgungsprogramm zu besitzen. Ohne derartige Erklärungen ist eine sachgemäße Festlegung der deutschen Lebensmittelrationen überhaupt undurchführbar. Auch müßten diese Erklärungen darüber Sicherheit schaffen, daß eine Verquickung der weiteren Verhandlungen über die Lieferung von Lebensmitteln mit anderen Forderungen, die über die Zurverfügungstellung der Flotte hinausgehen, grundsätzlich ausgeschlossen ist.

Wie wir aus Weimar erfahren, haben die Fraktionsvorstände gestern die Haltung der deutschen Deputation in Spaa gebilligt. Nach Ansicht der deutschen Vertreter sind die Verhandlungen nicht abgebrochen, sondern nur vertagt. Es scheint, daß der scharfe Standpunkt des Admirals Wob von Hoch bestimmt und nur von Frankreich vertreten wird. Der Standpunkt Deutschlands, daß es eine in der Weltgeschichte einzig dastehende Maßregel sei, daß vier Monate nach Einstellung der Feindseligkeiten die Hungerblockade noch aufrechterhalten wird und man täglich noch immer 800 unschuldige Menschen in Deutschland an Unterernährung zugrunde gehen lassen, findet zweifellos in den weitesten Kreisen Amerikas und Englands Zustimmung.

Nicht wahrscheinlich ist es, daß die alliierten Regierungen sich auf den Standpunkt stellen, daß die Weigerung Deutschlands, ohne genügende Zusicherung die Handelsflotte auszuliefern, einen Bruch der Waffenstillstandsbedingungen darstelle. Wahrscheinlich ist, daß die ganze Angelegenheit auf die Trierer Konferenz, die am 17. oder 19. März stattfindet, verschoben werde. Möglich ist auch, daß man sich auf eine Teillieferung der Flotte, entsprechend den zu liefernden Lebensmitteln, einlassen wird.

Der Chef der Reichskanzlei, Unterstaatssekretär Kurt Wase ist, wie die „P. V. N.“ melden, in den Dienst des Reichspräsidenten übergetreten. Sein Nachfolger im Amte ist Geh. Regierungsrat Wildart, der gleichzeitig zum Unterstaatssekretär ernannt wurde.

Delegiertenwahl zum Rätekongreß.

Wahlkreiseinteilung und Mandatverteilung.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik (ges. Tag. Soßen) teilt über die Wahlkreiseinteilung und Zahl der zu wählenden Delegierten zum II. Rätekongreß am 26. März 1919 mit:

Unter Bezugnahme auf die der Einladung zum II. Rätekongreß beigegebenen Richtlinien für die Wahl der Delegierten (die wir bereits in Nr. 112 des „P.“ vom 2. März veröffentlichten) wird nachstehend die Wahlkreiseinteilung und die Zahl der in den einzelnen Kreisen zu wählenden Delegierten beigegeben. Die Wahlkreise decken sich möglichst mit den Regierungsbezirken; die Freistaaten außer Preußen und Bayern bilden ohne Rücksicht auf ihre Größe je einen selbstständigen Wahlkreis. Bei der Verteilung der Delegierten ist das Ergebnis der Volkszählung von 1910 zugrunde gelegt. Auf je 250 000 Einwohner entfällt ein Delegierter und bei einer Reichszahl von mindestens 125 000 ein weiterer. Den kleinen Freistaaten und Bezirken ist auch dann ein Delegierter zugewiesen, wenn ihre Einwohnerzahl unter 250 000 liegt.

Delegierte haben zu wählen:

Der Regierungsbezirk Königsberg 4, Gumbinnen 2, Allenstein 2, Danzig 3, Marienburger 4, Stadt Berlin mit Zehlendorf, Westend und Riederbarnim 16, der Regierungsbezirk Potsdam ohne Zehlendorf und Riederbarnim 4, Frankfurt 5, Stettin 4, Köslin 2, Stralsund 1, Rügen 5, Bromberg 8, Breslau 7, Bielefeld 5, Appeln 9, Magdeburg 6, Merseburg 5, Erfurt 2, die Provinz Hannover 12, Schleswig-Holstein 7, der Regierungsbezirk Münster 4, Minden 3, Lüneburg 10, Kassel 4, Westfalen 5, Koblenz 3, Düsseldorf 14, Köln 5, Trier 4, Aachen 3, Sigmaringen 1, Oberbayern 6, Niederbayern 3, Pfalz 4, Oberpfalz 2, Oberfranken 3, Mittelfranken 4, Unterfranken 3, Schwaben 3, der Freistaat Sachsen 19, Württemberg 10, Baden 9, Hessen 2, Mecklenburg-Schwerin 3, Mecklenburg-Strelitz 1, Sachsen-Weimar 2, Oldenburg 2, Braunschweig 2, Sachsen-Meiningen 1, Gotha-Altenburg 1, Sachsen-Coburg-Gotha 1, Anhalt 1, Schwarzburg-Sondershausen 1, Schaumburg-Lippe 1, Waldeck 1, Meißn. a. d. R. 1, Meißn. i. d. R. 1, Schaumburg-Lippe 1, Lübeck 1, Bremen 1, Danzig 4.

Der Generalstreik in Mitteldeutschland beigelegt.

Einigung zwischen Regierung und Streikenden. — Wiederaufnahme der Arbeit.

Am Mittwoch fanden unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bauer Verhandlungen mit den Vertretern der Streikenden aus dem mitteldeutschen Streikgebiet statt, die zu einer völligen Einigung führten. Schon in den Vorverhandlungen der letzten Tage mit den Arbeitern des Altenburger und des Wittenberger Bezirks hatte sich ergeben, daß der Generalstreik und seine für die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft verheerenden Folgen keinesfalls mit den wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter gerechtfertigt werden konnte. In Verhandlungen der Reichsregierung mit Arbeitervertretern aus dem mitteldeutschen Bauarbeiterbezirk war schon am 14. Februar eine Vereinbarung über die Stellung der Betriebsräte getroffen worden, die den maßgebenden Wünschen der Arbeiterschaft volle Rechnung trug. Im Altenburger und Meuselwitzer Bezirk war auf Grund der Klärung bei den Weimarer Vorverhandlungen schon am Montag die Arbeit wieder aufgenommen worden. Bei den Verhandlungen am Mittwoch wurden die Richtlinien über die Tätigkeit der Betriebsräte nochmals durchgearbeitet und eine vollkommene Übereinstimmung erzielt. Die anwesenden Arbeitgebervertreter verpflichtete sich seinerseits dazu, durch unmittelbare Einwirkung auf die Organisationen der Arbeiter bei den Abmachungen allen nötigen Nachdruck zu verleihen. Zu diesem Zweck wird in den nächsten Tagen eine Besprechung der Regierung mit den Vertretern der zuständigen Arbeitgeberorganisationen in Weimar stattfinden. Die Vertreter der streikenden Arbeiterschaft verpflichteten sich, für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit einzutreten.

Aus Weimar wird den P. V. N. vom 7. 3. gemeldet: Der Aktionsausschuß für den Generalstreik in Mitteldeutschland hat an die streikenden Arbeiter und Arbeiterräte folgende Erklärung gegeben:

Die Verhandlungen der Arbeitervertreter mit der Reichsregierung haben zu einer Einigung geführt. Die Reichsregierung hat die Aufnahme der Betriebsräte, Betriebsarbeiterräte und eines Zentralarbeitsrates für alle Wirtschaftszweige in die Verfassung zugesichert. Die gesetzliche Regelung soll schnellstens erfolgen. Eine gesetzliche Festlegung der Dienstverweisung für die Betriebsräte folgt unter Zugrundelegung der Weimarer Vereinbarung. Alle weiteren Veröffentlichungen der Betriebsräte erfolgen durch die Behörden. Bis zur Annahme von Betriebsräten bleiben die gegenwärtig arbeitenden Betriebsräte im Amte. In allen Betrieben ist die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Verleitet begonnen hat die Arbeit in den Bezirken Wittenberg, Bitterfeld, Berthitz, Golpa-Schönau, Borna, Meuselwitz, Rositz, Magdeburg, Helmstedt, Riesa, Eisenbahnwerkstätten, Ammer und Bahnhofsbetten fangen an zu arbeiten. Für morgen ist volle Tätigkeit zu erwarten.

Auch Halle arbeitet wieder!

Der Zugverkehr bereits im Gange.

Der Generalstreik in Halle ist Freitag nachmittag eingestellt worden. Der Zugverkehr über Erfurt ist seit gestern wieder im Gange. Von Sonnabend ab sollen mehr Züge eingesetzt werden. Auch der Straßenbahnverkehr in Halle wird voraussichtlich am Sonnabend wieder beginnen. Es haben Hausdurchsuchungen in großem Stil stattgefunden, ganze Häuserblöcke wurden umstellt und abgeleert. In der Nacht sind 34 Plünderer verhaftet, einer davon ist erschossen worden. Es fand eine mehrstündige Besprechung zwischen General Maerker und den Streikführern der Unabhängigen über die Zurückziehung der Truppen statt. Der Belagerungszustand bleibt zunächst bestehen, wird aber langsam abgebaut werden. Kleinere Formationen der Landesjägerbrigade werden so lange in der Stadt zurückgehalten werden, bis die Hauptmenge der „wilden Waffen“ in ihren Händen ist.

Vor der Einigung in Leipzig.

Die Verhandlungen, die in Leipzig zwischen dem Volksbeauftragten Schwarz und der Streikleitung des A. und

S. Rates geführt werden, haben bisher zu einer Einigung noch nicht geführt. Es besteht aber die Aussicht, daß es in den nächsten Stunden zu einer Einigung kommt. Die Ansicht der Arbeiter und Führer ist im Wesen begriffen.

Die Nationalversammlung

betriet gestern, wie uns aus Weimar telegraphiert wird, das Sozialisierungs-gesetz

und die Vorlage zur Regelung der Rohlenwirtschaft in erster Lesung. Die erste Vorlage ist bekanntlich das allgemeine Sozialisierungsprogramm, die zweite Vorlage die erste praktische Ausführungsbestimmung dazu. In der

Ausprache,

die sich an die ausführliche, ausgearbeitete Einführungsrede des Wirtschaftsministers Gen. Wissell, schloß, stellte sich alsbald heraus, daß auf den Gebieten, die für die Sozialisierung praktisch zunächst in Frage kommen, Kohle, Kali und elektrische Kraft, alle drei Mehrheitsparteien der Gemeinwirtschaft zustreben; der Zentralratsabg. Dr. Braun vom Volksverein für das katholische Deutschland und der frühere Staatssekretär Dernburg von den Demokraten mit allerhand theoretischen Vorbehalten und Verwahrungen gegenüber sozialistischen Ideen, aber praktisch machen sie doch mit. Und unsere Fraktion ließ durch Hue kräftig vorwärtsstreben.

Widerspruch gegen die Übernahme zunächst des Kohlenyndikats erhob einzig und allein der Volkspartei-Rechtsanwalt Kempkes aus Essen, als Anwalt des Kohlenyndikats. Er machte sich den schlechten Scherz, alle Äußerungen von Rautsky, Silberding, August Müller und Hue gegen überführte Sozialisierung vorzulesen. Dabei hatte Wissell in seiner Einführungsrede ausdrücklich hervorgehoben, daß weder in die Kohlenförderung noch auch in das Eigentum an den Bodenschätzen durch diesen Besetzungswort eingegriffen werde, sondern daß es sich lediglich um eine neue gemeinwirtschaftliche Organisation zunächst des Kohlenhandels dreht.

Die Sozialisierungsvorlagen werden auf Wunsch der bürgerlichen Parteien in eine Kommission gehen; doch wird diese Kommission ihre Arbeiten so beschleunigen, daß noch vor Ende nächster Woche die Gesetze in allen drei Lesungen verabschiedet sein werden.

Daneben wird in der nächsten Woche die Nationalversammlung

die Ernährungsverhältnisse

eingehend besprechen. Voraussichtlich wird die Debatte darüber schon am Montag beginnen. Erst nach Erledigung dieser Dinge wird am kommenden Freitag die Nationalversammlung eine achtstägige Pause in ihren Beratungen eintreten lassen.

Die drohende Hungersnot.

Der Nationalversammlung ist folgende Interpellation der Mehrheitsparteien zugegangen:

Die in Deutschland greifbaren Erntevorräte reichen nicht aus, das deutsche Volk bis zur Einbringung der diesjährigen Ernte zu ernähren. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen?

Die Lage im Reich.

In Ruhrgebiet sind einige Teilstreiks erloschen, andere haben begonnen. Im ganzen feiern 12 600 Mann. Aus Oberschlesien wird eine Ausdehnung der Streikbewegung gemeldet, die 15 Gruben umfaßt.

In Erfurt ist am Freitag nach achtstägiger Unterbrechung der Telegraphen- und Telefonverkehr wieder aufgenommen worden, ebenso der Betrieb der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. Im übrigen dauert der Generalstreik an.

In Bremerhaven sind kommunistische Versuche, den Generalstreik zu entfachen, völlig gescheitert.

In Wanneheim ist nach amtlicher Mitteilung die Ruhe und Sicherheit in der Stadt völlig wiederhergestellt.

Mörder Lindner noch immer in Freiheit.

Der spartakistische Mörderanschlag.

Die Presseabteilung des Zentralrats veröffentlicht einen längeren Bericht über das bisherige Ergebnis der Untersuchung wegen des Attentats auf Eisner und über die Vorgänge im Landtag.

Ueber die Tat des Strafen Arco Volleh wird mitgeteilt, daß aller Wahrscheinlichkeit nach Graf Arco sich zu der Tat ohne Vereinbarung mit dritten und ohne Beeinflussung durch dritte entschlossen und sie auch allein ohne Beteiligung dritter ausgeführt hat. Ueber Lindners Tat wird gesagt:

Die Persönlichkeit des Täters ist festgestellt; es handelt sich um den Metzger Alois Lindner, geboren 1887 in Alheim. Lindner konnte bis jetzt nicht festgenommen werden. Maßnahmen zur Ergreifung sind in umfangreicher Weise (!) eingeleitet.

Daß Lindner Mitglied des revolutionären Arbeiterrats ist und daß seine Festnahme als sie möglich war, absichtlich unterlassen wurde, wird hier geschildert. Ebenso werden die übrigen Täter im Landtag nicht erwähnt.

Ernst von Körber gestorben.

Der ein- und mehrmalige österreichische Ministerpräsident Dr. Ernst von Körber ist in Wien gestorben. Mit den beschworenen Worten „Der Staat muß leben“ wollte er einmal die ringenden Nationen beschwichtigen. Wer mit dem österreichischen Staat hat auch er ausgelebt. Sein Können war unsonst. Sein Versuch, durch ein großes Wirtschaft- und Wasserstraßenprogramm den nationalen Kampf auszuhalten oder — echt österreichisch — „juridisch zu lösen“, mußte mitsingen. Immerhin, er war ein geistig sehr hochstehender Mann und die alte schwarzgelbe Regierungslinie mit dem Hölzlein mußte er nicht mit. Darum hat ihn auch seinerzeit die Kaiserin Marie Valerie geliebt, als er gegen die entsetzliche Bewegung nicht börschen wollte. Deshalb war er auch bei den Ungarn unbeliebt, weil er für das arme Oesterreich beim Ausgleich noch hartnäckig etwas herausziehen wollte. Im Kriege, als Stürgk's abgewirtschaftet hatte, sollte Körber den Karren wieder ins Gefesse bringen. Wer er hätte sein können! Er war ursprünglich Leiter der staatlichen Generalkonzepte für die Privatbahnen und dann Handelsminister. Nach seiner ersten Ministerpräsidentenschaft ging er, einer der fähigsten Leute des Staates, über 10 Jahre als Kurator der Akademie der Wissenschaften auf der Ringstraße spazieren. —

Die Straßenschlachten in Berlin O.

Die Vorgänge der Nacht.

Kaum am gestrigen Abend gegen 9 Uhr die Kämpfe am Straußberger Platz und in der Großen Frankfurter Straße noch einmal heftig aufgelebt hatten, trat gegen Mitternacht verhältnismäßige Ruhe ein. Wenigstens schwiegen die Geschütze und Maschinengewehre. Von den Dächern aus schickte das übliche Gewehrfeuer ein. Die scheinbare Ruhe benutzten die Spartakisten dazu, ihren Rückzug zu veranlassen. Gedrückt durch die Dachschichten, haben sich, wie man beim Tagesrauschen feststellen konnte, die Häuser der Kämpfer zurückgezogen.

Die vereinzelten Kämpfe der letzten Nacht haben inwieweit ziemlich viel Opfer gefordert. Die Feuerwehr des dortigen Stadtteils hat annähernd 20 Verletzte und 7 Tote auf ihren Fahrzeugen geborgen.

Die Säuberung des Prenzlauer Stadtvierfelds.

Am heutigen Morgen hat eine größere Aktion der Truppen zur Säuberung der Prenzlauer Vorstadt begonnen, wobei sich die Kommunisten und die Reste der Volksmarinebrigade zurückgezogen haben, die an den Kämpfen am Alexanderplatz beteiligt waren. Die ganze Vorstadt ist von einem Ring von Truppen eingekreist, der am Alexanderplatz beginnt und sich bis fast an die Weiskamer Grenze hinzieht. Es besteht die Absicht, um ein weiteres Zurückweichen der Spartakisten zu verhindern, den Truppenring enger zu ziehen und so die Aufständigen schließlich auf einen kleinen Raum zusammenzudrängen.

Festung Bölow.

Dem Beispiel Eichhorn's folgend, haben die Spartakisten heute Morgen die Brauerei Bölow besetzt und zu einer Festung umgewandelt. Die hochgelegene Brauerei ist mit Maschinengewehren besetzt und wird von mehreren Hundert Mann verteidigt. Die Regierungstruppen dringen durch die Königsstraße und die Parallelstraße ebenso vom Friedrichshagen vor, um die Brauerei zu nehmen. Zur Vorbereitung des Sturmes ist Artillerie aufgestellt worden. Ueber der Brauerei schweben zwei Kampffluger, welche das Geschützfeuer leiten und selbst durch Fliegerbomben eingreifen, um die Maschinengewehre zu zerstören. Die ganze Gegend ist vollkommen menschenleer. Die Spartakisten richten ihr Feuer nicht nur gegen die Truppen, sondern sie schießen auch in die Wohnungen der gegenüberliegenden Wohnungen, sobald sich jemand am Fenster bilden läßt. Ueber der Königsstraße, wo die Spartakisten sich auf den Dächern eingekerkert haben, und über der Landsberger Allee, wo ebenfalls heftig gekämpft wird, kreuzen Flieger und greifen mit Maschinengewehren und leichten Fliegerbomben ein. Ueber der Straußberger Straße wurden mehrere Fliegerbomben abgeworfen.

Sehr heftig wird gegenwärtig auch in der Schönhauser Allee gekämpft. Von dort aus schießen Artillerie die Straßen. Bis gegen Mittag wurden zahlreiche Tote und Verwundete in dieser Gegend gemeldet, welche durch die Feuerwehr geborgen werden mußten.

Schwerer Unfall im Industriehof Markushof.

Bei den Kämpfen in der Markushofstraße ereignete sich ein bedeutender Unfall. Durch eine fehlgehende Mine wurde der Dachstuhl des Hauses sowie die dritte, zweite und erste Etage der nach der Blumenstraße gelegenen Front durchschlagen. Mehrere Personen wurden durch das Geschick, das große Verwüstungen anrichtete, verletzt. Durch ein weiteres Geschick, das auf der Straße streifte, wurden in dem im Erdgeschosse gelegenen Restaurant mehrere Personen verletzt.

Die Rettungstellen.

Behandelten heute, Sonnabend, 40 Männer, 4 Frauen und 4 Kinder. Vier Personen wurden tot eingeliefert.

Das Warenhaus Tisch am Alexanderplatz ist entgegen anders lautender Meldung nicht völlig ausgeraubt worden. Durch Minengeschosse sind familiäre Schaufenster und auch fast alle übrigen Fenster des großen Gebäudes zertrümmert worden und die Menge benutzte diese Gelegenheit, die Schaufenster auszuräumen und auch teilweise in den Vorderzimmern des Kaufhauses zu plündern. Wie hoch der dadurch angestiegene Schaden ist, ließ sich bisher noch nicht feststellen. Der Betrieb kann erst dann wieder aufgenommen werden, wenn die zertrümmerten Fensterreihen ersetzt sind, was einige Zeit dauern wird. Der Verkauf der rationierten Lebensmittel findet jedoch nach wie vor im 4. Stockwerk statt, der Eingang befindet sich am Königsgraben.

Aus den Vororten.

Die Bewohner des Vorortes Lichtenberg waren gestern ohne Wasser, ohne Elektrizität und Gas. Die Streikenden in Lichtenberg haben dem entsprechenden Beschlusse der Unabhängigen und Spartakisten tatächlich Folge geleistet.

Auch in der weiteren Umgebung Berlins ist es zu Ausschreitungen und Kämpfen gekommen. Zwischen Copenick und Karlshorst, auf welcher Straße schon seit vorgestern der Verkehr ruhte, sind in der Nacht zum heutigen Sonnabend die Gleise aufgerissen worden. In Neuenhagen und Ralsberge ist es zu Kämpfen zwischen Kommunisten und Regierungstruppen gekommen, deren Ausgang noch nicht bekannt ist. In Friedrichshagen wurde von Aufständischen eine Kompanie freiwilliger Truppen entworfen. Sonst ist es dort ruhig geblieben. Auch in Erkner haben Kämpfe stattgefunden; gegenwärtig herrscht Ruhe.

Der Streik im Charlottenburger Gießwerk.

Der Ausstand im Charlottenburger Gießwerk, durch den die Nacharbeit seit nunmehr zwei Tagen ohne Licht und Strom ist, dürfte, wie wir erfahren, im Laufe des heutigen Tages beendet werden. Am heutigen Vormittag findet eine Betriebsversammlung statt, über die bei Schluß des Berichts noch kein Resultat vorliegt, in welcher in geheimer Abstimmung über Fortsetzung oder Abbruch des Streiks entschieden werden soll.

Der Streik in Spandau.

In Spandau, das vom Freikorps Güssen besetzt ist, kam es in der Nacht zum Donnerstag zu Unruhenfällen. In der Gabelstraße wurden Regierungstruppen von Spartakisten mit Handgranaten beworfen; die Häuser, von denen aus dies geschah, wurden gekübelt. Zwei Frauen wurden getötet. Um 9 1/2 Uhr wurde das Rathaus, wo sich General v. Güssen mit seinem Stabe aufhält, von der Artilleriewerkstatt Süd aus mit Geschütz- und Maschinengewehrfeuer besetzt. Die Fabrik wurde von Regierungstruppen besetzt. Infolge dieser Vorgänge macht General v. Güssen bekannt, daß von jetzt ab gegen jede Ansammlung rückfahriges mit Waffengewalt vorgegangen wird. Die Spandauer Pioniere, die sich als unüberwindliche Truppe in letzter Zeit gezeigt haben, wurden gezwungen, ihre Waffen abzugeben.

Der Streik dauert zwar noch an, jedoch machen sich Anzeichen zur Wiederaufnahme der Arbeit bemerkbar; so wurde in der Munitionsfabrik mit 1200 gegen 70 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Das Kraftwerk sieht vollständig aus, Spandau ist ohne elektrisches Licht.

Arbeitsaufnahme in Spandau.

Am Montag, den 10. März, arbeiten in der Munitionsfabrik Spandau folgende Gewerke: A 3, A 4, B 3, B 4, C 1, C 2, D 7, 7a und 7b, E 3, E 10, F 1, F 2, G, N. In den Magazinen sowie in den nicht genannten Gewerken sind Transport- und sonstige Arbeiten nach Bedarf auszuführen. Außerdem arbeitet das gesamte Bureaupersonal. In den anderen Gewerken kann nicht gearbeitet werden wegen Rohstoffmangel. Die Arbeitszeit beträgt acht Stunden, von 6 Uhr 45 bis 2 Uhr 45. Bei der Abstimmung stimmten 1221 für und 71 gegen die Aufnahme der Arbeit.

Gegenwärtig durchsuchen starke Patrouillen die Häuser nach Dachschichten und Waffen.

Auch in der Großen Frankfurter Straße dauern die Kämpfe noch immer an. Schwere Artillerie beschießt die Frankfurter Allee, wo im Laufe der Nacht zahlreiche Vorräte errichtet worden sind. Die Kämpfe sind auch dort noch nicht abgeschlossen.

Kämpfe in Neukölln.

In Neukölln, wo es bis gestern noch verhältnismäßig ruhig war, haben nun auch heftige Kämpfe eingesetzt. In dem am Dönhofsplatz liegenden Depot 12 der Republikanischen Soldatenwehr plünderten zunächst die Mannschaften ihre eigene Kaserne, teilten die Leute untereinander und bewaffneten dann die in Neukölln wohnenden Kommunisten mit Gewehren und Handfeuerwaffen. Auf Befehl der Republikanischen Soldatenwehr marschierten Janusz Regimentsgruppen in der Nacht zum Freitag ein. Am Freitag gegen 11 Uhr Trupp der R. S. W. vor das Polizeipräsidium, um den Kampf gegen das Korps Ludwig aufzunehmen. Sie eröffneten auf die vor dem Gebäude stehenden Soldaten des Regiments 64 das Feuer. Gleichzeitige besetzten die Aufständigen den Dönhofsplatz und spezialisierten ab. Das Regiment 64 fandte zusammen mit Teilen der 1. Garde-Regiments-Schützen-Abteilung mehrere Kompanien nach dem Polizeipräsidium und dem bedrohten Platz. Die R. S. W. und die Kommunisten haben sich in den Häusern verschanzt und eröffnen von dort aus auf die Regierungstruppen heftiges Feuer. Die Kämpfe dauerten seit gestern nachmittag und während der Nacht an.

Fünf Stunden in der Nacht wogte ein furchtbarer Feuerkampf, der mit Mienen und Gasbomben gegen die Regierungstruppen geführt wurde. Am Präsidium ist weiter kein Schaden entstanden, nur einige Fensterscheiben sind in Scherben gegangen. Verluste an Menschenleben sind auf Regierungstruppen auch nicht zu beziffern. Die Verluste auf der anderen Seite sind unbestimmt. Im Amtsgericht sind gestern die Gefangenen von Spartakisten befreit worden. Infolgedessen haben an mehreren Stellen der Stadt in der Nacht Plünderungen stattgefunden. Eine Konfektionsfiliale und ein kleines Warenhaus wurden ausgeraubt resp. der Schaufensterartikel beraubt.

Die Arbeiter der jüdischen Werke (Gas und Elektrizität) drohten mit der Verhängung des Generalstreiks, wenn nicht die Regierungstruppen zurückgezogen würden. Sie befürchteten eine Gefährdung dieser Werke durch die ewigen Schießereien. Die Forderung, die Regierungstruppen zurückzuziehen, ist mit der Woblerung abgelehnt worden, da damit in Neukölln Sicherheitsmannschaften überhaupt nicht mehr vorhanden wären.

Die jüdischen Arbeiter haben sich dann mit einer anderweitigen Regelung der Frage einverstanden erklärt, die eine fernere Gefährdung ihrer Betriebe ausschließt. Der Lichtstreik wird infolgedessen nicht einreten.

Betriebsversammlungen.

Kollegen und Kolleginnen des Eins-Werks Siemens-Schuckert. Montag früh 7 1/2 Uhr Betriebsversammlung im Arbeiterspeisesaal. Der Arbeiterrat: Arndt, Wär.

Zur Erwerbslosenkontrolle.

Da die Erwerbslose noch nicht hinreichend geklärt ist, beruht die Erwerbslosenkontrolle des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin auch für Montag, den 10. und Dienstag, den 11. März, auf die Vorzeigung abgestempelter Kontrollkarten. Vom Mittwoch, den 12. März ab, müssen die Erwerbslosen die erforderlichen Stempel wieder beibringen.

Parteitag der Unabhängigen.

Bergmann-Homburg sagte, die große Masse der Arbeiter fühlt instinktiv, daß sie sich einigen muß. Deshalb müssen wir der Einigungsfrage Beachtung schenken. Man kann ja nicht ohne weiteres beide Organisationen verschmelzen, aber das beabsichtigen die Freunde der Einigung gar nicht. Die Masse, die durch gleiches Denken verbunden ist, muß auch organisatorisch zusammengefaßt werden. Die Genossen, welche von Einigungsdrummel reden, haben kein Verantwortungsgefühl. Sie wissen nicht, wie schwer es ist, unter einer gesplitterten Masse agitatorisch zu wirken. Wir müssen nicht nur nach rechts, sondern auch nach links einen scharfen Trennungsschritt ziehen. Ich habe den Eindruck, als ob hier viele sind, die unter keinen Umständen den Anschluß nach links verpassen möchten. (Zustimmung.)

Reumann-Werke beschränkte die Gewinnung der in der Produktion tätigen Intelligenzen, weil nur durch ihre Mitwirkung, aber nicht durch die Arbeiter allein die Sozialisierung durchgeführt werden könne.

Bernst-Wilhelmshagen hält die Generalstreiks nicht für das geeignete Mittel zur Errichtung der Räterepublik. Er ist dafür, daß die Kriegsanleihe völlig annulliert werde, ohne Berücksichtigung selbst des kleinsten Betrags.

Luisie trat den Angriffen auf die Beteiligung der Unabhängigen an der Regierung entgegen und betonte, die Massen würden es nicht verstanden haben, wenn die Unabhängigen nach der Revolution den Reichsheißsozialisten die Regierung allein überlassen hätten.

Die Unabhängigen konnten die Regierung nicht allein übernehmen, weil die Widerstände von der anderen Seite zu hart und die Unterstützung von den eigenen Genossen zu gering war.

Hätten sie damals solche Massenaaktionen gemacht wie jetzt, dann hätten wir mehr erreichen können. (Anruhe. Wer hat denn die Massenaaktionen bekämpft?) Wir doch nicht. Die Zentralleitung hatte in vielen Orten Massenaaktionen veranlaßt, aber es fehlte an der Unterstützung der Genossen. — Das Räteystem wird sich durchsetzen. Wir müssen uns radikallos zum Räteystem befehlen. Wer die Frage dort nicht so gestellt werden: Entweder Räteystem oder Parlamentarismus, sondern wir müssen den Parlamentarismus neben den Räten haben. (Widerspruch.)

Sie schlagen sich ja selbst ins Gesicht, denn unsere Genossen haben sich doch an den Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Gemeindevertreterwahlen beteiligt.

Dittmann-Berlin verurteilte sehr entschieden die Nichtbeteiligung der Unabhängigen am Parteitag. Die Berliner sagen doch, daß sie im Vollzugrat einen Einschuß haben, der weit über ihre Zahl hinausgeht und auf die Mitglieder der Reichsheißsozialisten wirkt. In derselben Weise würde sich der gleiche Einschuß unserer Genossen auch im Zentralrat geltend gemacht haben und es hätte dadurch viel erreicht werden können. Wir hätten auch nach dem 9. November die auf der anderen Seite stehenden Massen zu uns herüberziehen können, wenn wir es herangezogen hätten. Sie hätten dann ihre Führer gewonnen, eine einheitliche proletarische Politik zu treiben und das Volk mit dem Bürgerkrieg wäre dadurch beizubringen. So wären wir zur Einigung der Arbeitermassen gekommen.

Wie verberlich die Spaltung ist, das sehen wir jetzt beim Generalstreik in Berlin.

Nach dem Parteitag sollen alle Druckerien prüfchen. Wir sehen aber, daß der „Vorwärts“ in Millionen von Exemplaren

herauskommt, während die „Freiheit“ nicht erscheint und man von den Verhandlungen unseres Parteitag brauchen nicht erzählt. Die Einigung wird sich vollziehen, aber die Umwege, auf denen es geschieht, hätten vermieden werden können.

Gabriel-Konstant behauptete, Haase habe, als er noch der Regierung angehörte, die Interessen amnestierter politischer Flüchtlinge und Defektoren verlegt, die aus der Schweiz nach Deutschland wollten, aber daran verhindert worden seien, weil Haase die Angelegenheit dem Kriegsministerium überweisen habe.

Diese Behauptung rief eine erregte Szene hervor. Haase bezeichnete sie als bewusste Unwahrheit und sagte, das Gegenteil sei wahr. Er habe sich für die Flüchtlinge verwendet und ihnen den Eintritt in Deutschland erleichtert. Aber darüber hinaus seien noch Unterstufungen verlangt worden, die nicht geleistet werden konnten. Die äußerst scharfe Zurückweisung, die Haase dem Redner zuteil werden ließ, fand allgemeinen Beifall.

Wittschling-Gotha hält eine Trennung nach links für ausgeschlossen. Die Einigung könne nur erfolgen auf Grund der Diktatur des Proletariats und des Räteystems. Der Redner trug Vorschläge aus Gotha vor, die er zu äußerst heftigen Angriffen auf Bod benutzte und ihn beschuldigte, nicht die wahre revolutionäre Gesinnung betätigt zu haben.

Ders-Hamburg: Jetzt, wo uns die Nacht nicht mehr entzissen werden kann, ist die Hauptsache nicht die Aktion, sondern die Organisation zur Durchführung des Sozialismus. Däumig hat sehr schnell umgelernt. Jetzt tritt er für das Räteystem ein, aber vor kurzem hat er noch geschrieben, mit der Redensart, alle Macht den A- und S-Räten sei nichts getan. Solche Unklarheit noch links imponiert mir ebensowenig wie das Umlernen nach rechts.

Auf weiten Gebieten des Wirtschaftslebens kann der Kapitalismus noch nicht entsetzt werden, weil er eine äußerst nützliche Funktion ausübt.

Man kann nicht durch ein Dekret die Großbanken verstaatlichen. Der brauchen ihren Personalcredit, ohne den wir keine Lebensmittel vom Auslande bekommen können. Die alte Sozialdemokratie ist das Produkt einer langen Erfahrung. Ich bin gegen eine Umwertung nach rechts und wehre mich ebenso entschieden gegen ein Umlernen nach links. (Lebhafte Beifall- und Runderheer.)

Wolf führte aus, Wittschling sei wegen ehrenrühriger Handlungen (er hatte den Genossen Kollagen in Augsburg des Reichs beschuldigt) aus der Partei ausgeschlossen, auch habe Wittschling in Gotha bei den Stadtverordnetenwahlen für eine bürgerliche Partei gegen die Unabhängigen agitiert. (Beifall. Ruf: Das sind die Radikalen.)

Dann begann die Erörterung der Gewerkschaftsfrage.

Der Referent Dittmann-Frankfurt vertrat den Standpunkt: Die Durchführung der Revolution, die Durchsetzung des Räteystems werde die Stellung der Gewerkschaften in Massenkampf ändern, aber die Gewerkschaften würden dadurch nicht überflüssig gemacht. Da sich die revolutionäre Entwicklung noch im Fluß befinde, könnten die Aufgaben der Gewerkschaften jetzt noch nicht im einzelnen festgelegt werden. Die Gewerkschaften seien auch ferner noch als revolutionäre Glieder im Massenkampf zu betrachten und deshalb von der revolutionären Arbeiterkraft nachdrücklich zu unterstützen. Im übrigen richtete der Referent eine Fülle maßloser Angriffe gegen die Gewerkschaftsführer.

Eine Resolution, die sich mit den vorstehenden Ausführungen des Referenten deckt, wurde gegen 6 Stimmen angenommen.

Dierauf ging der Parteitag wieder zur Erörterung der Programmresolution

über, die erst in wenigen laum lesbaren Exemplaren vorliegt. Sie agit in ihrem grundsätzlichen Teil:

Die Unabhängige sozialdemokratische Partei stellt sich auf den Boden des Räteystems. Sie unterstützt die Räte in ihrem Ringen um die wirtschaftliche und politische Macht. Sie erstrebt die Diktatur des Proletariats als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus. Erst die Sozialisierung bringt die Beseitigung jeder Klassenherrschaft, jeder Diktatur und verwirklicht die wahre Demokratie. Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die U. S. P. aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel einschließlich der Parlamente. Sie verwirft planlose Gewalttätigkeiten. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Personen, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Als die nächsten Forderungen der U. S. P. werden angeführt: Einordnung des Räteystems in die Verfassung; Aufhebung der Gewaltenteilung bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben. — Vollige Auflösung des alten Heeres. Sofortige Auflösung der Freiwilligenkorps. Entwaffnung des Bürgertums. Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der losenbedeuteten Arbeiterschaft. Selbstverwaltung der Volkswehr, Wahl der Führer durch die Mannschaften. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. — Die Verstaatlichung der kapitalistischen Unternehmungen hat sofort zu beginnen. Sie ist unverzüglich durchzuführen auf den Gebieten des Bergbaues und der Energieerzeugung, der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion sowie anderer hochentwickelter Industrien und des Bank- und Versicherungswesens. Großgrundbesitz und große Forsten sind sofort in gesellschaftliches Eigentum überzuführen. In den Städten ist das private Eigentum an Grund und Boden in Gemeineigentum überzuführen. Ausreichende Wohnungen sind von den Gemeinden herzustellen. — Wahl der Behörden und Richter durch das Volk. Sofortige Einsetzung eines Staatsgerichtshofes, der die Schuldigen am Weltkrieg zur Verantwortung zu ziehen hat. — Der während des Krieges entstandene Vermögenszuwachs ist voll wegzuführen. Von allen größeren Vermögen 1/2 zu Teil an den Staat abzuführen. Im übrigen sind die öffentlichen Ausgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern zu decken. — Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Schutz und Fürsorge für Mutter und Kind. Den Witwen und Waisen der Krieger sowie den Verletzten ist eine sorgenfreie Existenz sicherzustellen. Den Wohnungsbedürftigen sind bezahlte Räume der Verfallenden zur Benutzung zu übergeben. — Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Kirche und Schule. Öffentliche Einheitschule mit weltlichem Charakter. Anspruch eines jeden Kindes auf die seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung. — Einführung eines öffentlichen Monopols für Inzerate und Uebertragung an die Kommunalverbände. — Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Nationen. Sofortige Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur russischen Räteregierung und zu Polen. — Wiederherstellung der Arbeiter-Internationale auf dem Boden der revolutionären sozialistischen Politik im Geiste der Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal.

Wittschling, der Referent der Kommission, sagte, die Annullierung der Kriegsanleihe sei nicht in die Resolution aufgenommen worden mit Rücksicht auf die große Zahl der keinen Zeichner sowie der Sparfüßer.

Däumig forderte, daß die Ablehnung jeder Koalition mit den Reichsheißsozialisten klar ausgesprochen werde und daß sich die Partei des Parlamentarismus nur so weit bediene, als die Wahlen Gelegenheit zur Propaganda für die Partei bieten.

Haase erklärte, wenn ein solcher antiparlamentarischer Vorschlag in die Resolution aufgenommen werde, dann sei sie für ihn unannehmbar. Solange die bürgerliche Gesellschaft bestehe, sei das Parlament ein Mittel, dessen sich die Arbeiterklasse zu ihren Zwecken bedienen müsse.

Die Verhandlungen wurden auf Donnerstag vertagt.

Briefkasten der Redaktion.

Sehr geehrte Redaktion! Ich habe eine Anfrage...

W. 2. 76. Die Hauptforderung beträgt in 30 Jahren...

Nutzungs an die Prüfungskasse Plansee 63, wegen des Entlassungsgeldes...

W. 2. 76. Die Hauptforderung beträgt in 30 Jahren...

W. 2. 76. Die Hauptforderung beträgt in 30 Jahren...

Verband der Buch- u. Steindruckerei-Hilfsarbeiter...

Frau Paula Thiede am 3. März 1919 nach langem, schwerem Krankheitslager...

Paula Thiede geb. Berbu von Fehberg im Alter von 40 Jahren sanft entschlief...

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Verein Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht...

Vermisst! Polizeistatistiker des Inf.-Reg. 152, 9. Komp., welche Auskunft geben können...

Vermisst! Diejenigen Kameraden vom Inf.-Reg. Nr. 31, 11. Komp. 3. Btl., die am 14. Mai 1917 den Auftrag...

Wilmhelm Abshoff. Auskunft geben können, werden geben, wie günstig Mitteilung zu machen...

Vorzügliche Rotweine. Weinhandlung J. F. Raub, Bernstraße 11, Tel. Nordend 8214.

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen. In erstklassiger Ausführung zu soliden Preisen liefert unmittelbar ab Fabrikgebäude an Private...

Extra-Unterstützungsstelle für Buchbinder und verw. Gewerbe zu Berlin. Generalversammlung am 9. d. Mts., vorm. 10 Uhr...



Dessin Möbel. C. Rosenthaler Str. 39. Kein Laden, Fabrikgebäude. 1 Minute vom Bahnhof Börse.

Keinen Tropfen Wasser läßt Dr. Gentner's Delwachslederpin Nigrin durch das Leder des Schuhzeugs eindringen...

Möbel-Misch. Große Frankfurter Straße 46. KREDIT AN ALLE.

Erprobte Erfindung! Zum Schutze der Volksgesundheit Beseitigung von Ausflüssen u. chron. Katarrhen (anhalt. u. schmerzlos) Sanabo D.R.P. 289184.

Bekanntmachung betreffend Anmeldung von Neuanmeldungen an das Leitungsnetz der städt. Elektrizitätswerke Berlin.

Um eine möglichst rasche Beilegung der zu dem Umgebinde sich knüpfenden Einträge auf Inbetriebsetzung...

Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Spanisch, Rumänisch, Polnisch, Schwedisch, Russisch, Ungarisch, Altkirchlich, Serbisch, Deutsch. Gebiete der Sprachwissenschaft bearbeitet.

Erstklassige Karbidlampen. prima Ausführung, wundervolle, billige Beleuchtung, volle Garantie...

Raubmord und Einbruch verhindert vollkommen unter Original-Elektroanlage für Türen und Schaufenster.

Möbel-Fabrik A. S. Ball. Berlin W, Potsdamer Str. 27a. 3 Zimmer und Küche insgesamt M. 9700,-

Hetoderma. Hautcreme gegen trockne Haut, sorgt für rothen Teint.

Gleg. nußb. Schlafzimmer. Tisch, Stühle u. verstellb. Bett, 9-12, 3-5 1234.

Mus. von Mühen, mit Fruchtschmalz Kleinstenlauf 1 Bund 36 Pf.

Saubere Frau für Bureaureinigung gesucht. C. J. W. Schneider & Sohn G. m. b. H., Berlin C 54.

Zantafiedern. Beste Arbeiterarbeiten finden dauernde, angenehme Stellung jederzeit bei Ralder & Kehlows.

Lehrer. an Mittelschule, durch Krieg verhindert, Prüfung abzulegen, vorbereitet, organisch-fachlich, schriftlich und mündlich...

Lehrer. an Mittelschule, durch Krieg verhindert, Prüfung abzulegen, vorbereitet, organisch-fachlich, schriftlich und mündlich...

mehrere tüchtige Kesselschmiede. für unsere Kesselschmiede und Apparatebau-Anhalt suchen wir per sofort.

Kartographische Zeichner. für folgende gewalt. Selbstfertige Muster und Schaltungsansprüche an Kartographische Institut Georg Westermann Braunschweig.

Zähne m. echtem Friedenskantuschuk 4 M. 5 Jahre Garantie. Zahnarzt Dr. Friedmann, Berlin, Unter den Eichen 10.